

Interview mit Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch

«Die Sozialpartnerschaft ist sehr wichtig für unser Land»

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist als Kompetenzzentrum des Bundes für wirtschaftspolitische Fragen eine wichtige Instanz für die Arbeitgeber. Das Amt ist an zahlreichen Fronten gefordert – immer im Bestreben um einen kompetitiven Wirtschaftsstandort Schweiz. Dessen Chefin, Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, über aktuelle Herausforderungen und was die Arbeitgeberschaft zur Lösung beitragen kann. **Interview: Daniela Baumann**



Bild: zvg/Seco

Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch empfindet ihre Arbeit auch nach über drei Jahren als sehr spannend – nicht zuletzt, weil sie bisweilen Unerwartetes mit sich bringt.

Frau Ineichen-Fleisch, wie sieht ein typischer Arbeitstag der Chefin des Staatssekretariats für Wirtschaft aus?

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch: Kein Tag ist wie der andere. Teils bin ich im Büro und an internen Sitzungen, teils unterwegs bei unserem Departementschef oder in einem anderen Departement. Ich habe viele Auftritte und halte Vorträge. Schliesslich bin ich häufig im Ausland, in der Regel jeweils für zwei Tage, vereinzelt länger. Auslandsaufenthalte machen schätzungsweise einen Viertel meiner Tätigkeit aus. Auch im vierten Jahr als Staatssekretärin sind meine Aufgaben nie repetitiv. Das macht meine Arbeit sehr spannend.

Wie schätzen Sie aktuell das wirtschaftliche Umfeld für die Unternehmen in der Schweiz ein?

Die Situation ist im Moment gut. Wir müssen aber etwas dafür tun, damit das so bleibt. Manchmal habe ich den Eindruck, es werde als gegeben betrachtet, dass es uns so gut geht. Das finde ich eine gefährliche Einstellung.

Wie setzt sich das Seco für anhaltend gute Bedingungen ein?

Unser Hauptziel ist es, die guten Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft zu erhalten und zu verbessern. Wir bringen uns in den unterschiedlichsten Bereichen ein, um für

eine positive Entwicklung im Sinne des Standorts Schweiz zu sorgen. Das bedeutet zum Beispiel: Marktöffnung im Ausland, Erhalt des flexiblen Arbeitsmarkts, administrative Entlastung der Unternehmen oder eine Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative beziehungsweise des Artikels 121a der Bundesverfassung, welche die gesamtwirtschaftlichen Interessen berücksichtigt.

Das sind Themen, in denen auch die Sozialpartnerschaft gefragt ist. Wie beurteilen Sie diese?

Ich bin überzeugt, dass sie für unser Land sehr wichtig ist. Und ebenso überzeugt bin ich, dass wir daran arbeiten

müssen, damit sie nach wie vor gut funktioniert. Es braucht die Bereitschaft beider Seiten, miteinander zu reden.

Können Sie an einem konkreten Beispiel einen Einblick in die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern geben?

Als Leiterin der Arbeitsgruppe zu den flankierenden Massnahmen erlebte ich eine harte Auseinandersetzung zwischen den Sozialpartnern mit. Die Gesprächsbereitschaft war vorhanden, doch brauchten wir sehr lange, bis wir endlich eine gemeinsam getragene Lösung zuhanden des Bundesrats gefunden hatten. Und dieser Lösungsvorschlag kam von uns, hätte aber von den Sozialpartnern kommen sollen – wenn ich mir diese kleine Kritik erlauben darf. Als Bund sind wir in einer Mediatorrolle: Die Arbeitgeber stossen in die eine Richtung, die Gewerkschaften in die entgegengesetzte. Unsere Aufgabe ist es, ausgleichend zu wirken, wenn sich die Sozialpartner nicht einig sein können.

Was erwartet der Bund von den Arbeitgebern – abgesehen von einem konstruktiven sozialpartnerschaftlichen Verhalten?

Die Sozialpartnerschaft ist wohl der wichtigste Punkt. Ausserdem können sie durch gutes Verhalten einiges erreichen, um unserem Standort Sorge zu tragen. Einige der aktuellen Initiativen haben ihren Ursprung im Fehlverhalten auf Arbeitgeberseite, wie etwa hohe Boni. Dies betrifft nur ein paar wenige, doch auch der ganze Rest der vorbildlichen Unternehmen spürt die Folgen davon. Die Wirtschaftsverbände müssen in diesen Einzelfällen klar sagen, dass dies nicht akzeptiert wird.

Der liberale Arbeitsmarkt steht derzeit angesichts der erwähnten Flut von Initiativen unter Dauerdruck. Was bedeutet dies aus Ihrer Sicht?

Die verschiedenen Initiativen wirken auf die Unternehmen verunsichernd, unabhängig davon, ob sie am Ende angenommen oder abgelehnt werden. Das gefährdet einen sehr wichtigen Standortvorteil unseres Landes, nämlich Stabilität und Rechtssicherheit. Diskussionen und Abstimmungen sind an

sich gut, doch für die langfristig denkenden Unternehmen bedeutet die aktuell hohe Kadenz solcher Abstimmungen Unsicherheit.

Was ist in dieser Hinsicht momentan das wichtigste Thema?

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Artikels 121a gemäss der Masseneinwanderungs-Initiative stellt sich die Frage, in welchem Umfang die flankierenden Massnahmen weitergeführt werden. Dies hängt davon ab, wie das Kontingentsystem letztlich aussehen wird. Auf jeden Fall müssen wir

«Manchmal habe ich den Eindruck, es werde als gegeben betrachtet, dass es uns so gut geht.»

damit den Volkswillen umsetzen, was auch bedeutet, dem gesamtwirtschaftlichen Interesse Rechnung zu tragen: etwa dem Zugang zu den benötigten Fachkräften ebenso wie einer administrativ geringen Belastung.

Wird die Personenfreizügigkeit weitergeführt werden können?

Die Beschränkung der Zuwanderung, wie auch immer dies geschieht, ist nicht

mit der Personenfreizügigkeit vereinbar. Wie genau die Lösung aussehen wird, ist noch schwierig vorherzusehen. Es hängt davon ab, wie sich die EU verhalten wird, wenn wir ihr unser Konzept der Kontingentierung unterbreiten. Ich gehe aber von der Bereitschaft aus, über das Freizügigkeitsabkommen zu verhandeln, denn sie hat ebenfalls ein Interesse an nach wie vor funktionierenden Beziehungen. Je nachdem wird sie anderswo etwas verlangen, etwa bei den institutionellen Fragen oder anderen offenen Dossiers. Doch wir fanden bis jetzt immer einen Weg. Ich bin überzeugt, dass wir die bilateralen Beziehungen mit der EU aufrechterhalten müssen, sonst wären wir abgeschottet. Denn: Wir können noch so viele Freihandelsabkommen abschliessen, China wird für uns nie den Stellenwert einer EU erlangen. In die EU gehen 55 Prozent unserer Exporte, nach China lediglich ein paar Prozent, wenn auch stark zunehmend.

Abgesehen vom derzeit gespannten Verhältnis zur EU: Wie steht es um die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland?

Je weiter weg, desto besser der Ruf. Wir werden als sehr kompetitive und innovative Volkswirtschaft wahrgenommen. Warum sonst sollten Länder wie China oder Indien mit uns Freihandelsverhandlungen führen? Wir sind ein offe- ▶

Das Staatssekretariat für Wirtschaft

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist das Kompetenzzentrum des Bundes für alle Kernfragen der Wirtschaftspolitik. Es entstand 1999 aus der Fusion der beiden Bundesämter für Wirtschaft und Arbeit (BWA) und für Aussenwirtschaft (BAWI). Seine wichtigste Aufgabe besteht darin, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu wahren und auszubauen – durch die Stärkung des Wirtschaftsstandorts, den Aufbau und die Sicherung der wirtschaftspolitischen Beziehungen zum Ausland und eine strategische Arbeitsmarktpolitik.

Unter Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, die dem Seco seit Frühling 2011 vorsteht, arbeiten rund 600 Personen in den vier Direktionen für Wirtschaftspolitik, Arbeit, Standortförderung und Aussenwirtschaft sowie im Leistungsbereich Organisation, Recht und Akkreditierung. Die Direktion für Arbeit ist mit den arbeitgeberpolitisch besonders relevanten Dossiers Arbeitsbedingungen, Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung sowie Personenfreizügigkeit und Arbeitsbeziehungen befasst. Sie wird seit knapp einem Jahr von Boris Zürcher geleitet (siehe Beitrag Seite 18). ■

► ner Markt, dazu ein nicht allzu grosser Markt, und doch schliessen sie Abkommen mit uns ab, durch die sie ihre Zölle senken müssen.

Apropos Freihandel: Wie ist die Schweiz diesbezüglich international positioniert?

In Bezug auf den Marktzugang im Ausland fahren wir auf drei Schienen: multilateral im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO, bilateral mit Freihandelsabkommen sowie mit der EU als unserem engster Partner. Auf der Ebene der WTO gestaltet es sich im Moment schwierig. Umso aktiver verhandeln die einzelnen Staaten untereinander. Wir beobachten aktuell vor allem die Verhandlungen über einen asiatisch-pazifischen Freihandelsraum und eine transatlantische Freihandelszone zwischen der EU und den USA. Wenn sie zu Abkommen führen sollten, die den beteiligten Staaten gegenseitig einen besseren Marktzugang ermöglichen, als wir ihn haben, geraten wir unter Druck. Unsere Unternehmen hätten gegenüber der Konkurrenz noch höhere Kosten hinzunehmen, etwa in Form von höheren Zöllen oder aufwendigen Verfahren. Doch noch ist nichts entschieden.

Sie haben das Anliegen der Arbeitgeber angesprochen, trotz eingeschränkter Zuwanderung künftig genügend geeignete Fachkräfte rekrutieren zu können. Inwiefern setzt sich der Bund dafür ein?

Der Departementschef hat 2011 zusammen mit den Kantonen und den Sozialpartnern die Fachkräfteinitiative gestartet, unter der Annahme der Personenfreizügigkeit. Bis im Herbst wird eine Arbeitsgruppe eruieren, ob wegen der veränderten Bedingungen die Initiative um zusätzliche Massnahmen erweitert werden muss. Der Bund koordiniert die Projekte, wir eruieren, in welchen Branchen es einen Mangel gibt, und wir gehen mit gutem Beispiel voran – etwa bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben oder der Weiterbeschäftigung von älteren Arbeitnehmenden. Wir können das Problem aber nicht alleine lösen; auch der Arbeitgeberverband ist gefordert. Die Arbeitge-

ber müssen die vorhandenen Arbeitskräfte besser nutzen.

Was macht der Arbeitgeber Seco diesbezüglich?

Mitarbeitende können über das Pensionsalter hinaus auf Mandatsbasis für uns tätig bleiben. Sie verfügen über sehr wertvolle Kenntnisse. Gerade deshalb ist es für mich unverständlich, dass man schon ab 50 auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr attraktiv sein soll. Ich selber habe den Eindruck, ich sei für einen Arbeitgeber noch nie so brauchbar gewesen wie jetzt mit 53 Jahren. In Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben hat die ehemalige Departementschefin Doris Leuthard viel eingeführt: Stellen werden konsequent zu 80 bis 100 Prozent ausgeschrieben. Wir haben grosszügige Lösungen für Telearbeit; sogar Geschäftsleitungsmitglieder nutzen diese Arbeitsform. Auch Jobsharing würde ich gerne auf diesem Niveau anbieten. Wir haben insgesamt mehrere Stellen, die von zwei Personen besetzt werden. Dies erfordert eine gute Organisation, dafür hat man zwei Mitarbeitende, die motivierter und produktiver sind.

Zum Schluss eine persönliche Zwischenbilanz: Was waren in den bislang gut drei Jahren als Staatssekretärin Ihre Höhe- und Tiefpunkte?

Seit April 2011 Chefin des Seco:
Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch.



Mein Höhepunkt ist, wenn ich jeden Tag viele zufriedene Mitarbeitende sehe. Es ist mein Wunsch, dass alle gerne arbeiten kommen. Ich versuche, sie zu motivieren und ihnen das Gefühl zu geben, etwas Sinnvolles für unser Land und unseren Wohlstand zu tun. Umgekehrt sind es gerade schwierige Situationen mit Mitarbeitenden, die mir persönlich am nächsten gehen. Unser

«Einige aktuelle Initiativen haben ihren Ursprung im Fehlverhalten auf Arbeitgeberseite.»

Personaldienst macht seine Arbeit einwandfrei, wirklich gravierende Probleme sollen jedoch über mich als oberste Personalchefin laufen. Es gab mehrere solche Fälle, und wir konnten jedes Mal eine gute Lösung finden. Aber diese Gespräche finde ich die schwierigsten.

Was waren fachlich die positiven beziehungsweise negativen Ausreisser?

Der Abschluss des Freihandelsabkommens mit China war ein Höhepunkt, aber das ist ein Verdienst von uns allen. Eigentliche Tiefschläge gab es nicht. Herausfordernd waren die Turbulenzen des Frankenkurses vor drei Jahren. Ich habe nie schlaflose Nächte, doch damals schlief ich ein paar Mal schlecht. Rückblickend denke ich, haben wir, und namentlich die Nationalbank, das Beste aus der Situation gemacht. Aktuell beschäftigen mich die Korruptionsvorwürfe bei der Arbeitslosenversicherung. Dieser Fall ist unangenehm und muss lückenlos aufgeklärt werden. Aber im Grunde mag ich Herausforderungen. Unerwartetes gehört in meinem Job dazu. Wenn man Angst davor hat, ist man hier am falschen Ort. ■